

**Leonore Gewessler, BA**  
 Bundesministerin

An den  
 Präsident des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at  
 +43 1 711 62-658000  
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien  
 Österreich

Geschäftszahl: 2020-0.654.613

. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch und weitere Abgeordnete haben am 08. Oktober 2020 unter der **Nr. 3718/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Dokumentation von Methan-Leaks in Österreich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Ist man seitens Ihres Ministerium über oben genannten Bericht informiert?*
- *Wenn ja, in welcher Form wurden sie darüber informiert?*

Dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie liegen diesbezügliche Informationen lediglich aus den Medien vor.

Zu Frage 3:

- *Wenn ja, wie lautet das Fazit Ihres Ministeriums?*

NGOs kommt ein wichtiger Stellenwert in demokratischen Gesellschaften zu, da sie durch ihre Expertise einen wesentlichen Beitrag zum öffentlichen Diskurs leisten. Darüber hinaus leisten sie aber auch eine kritische Überprüfung der in ihre jeweiligen Spezialisierungen fallenden Agenden und sind somit wesentliche Akteur\_innen zur Schaffung größtmöglicher Transparenz für alle Bürger\_innen.

Da das BMK im vorliegenden Fall jedoch keinen Zugang zu den verwerteten Daten, zu deren Grundlagen oder zu Details betreffend ihre Gewinnung hat, kann keine detaillierte Analyse oder Beurteilung dieses Berichts erfolgen. Die Grundaussage des Berichts ist jedoch alarmierend und wir haben daher umgehend eine Evaluierung und Prüfung durch das Umweltbundesamt in Auftrag gegeben.

Zu den Fragen 4 bis 7:

- *Wurden in der Vergangenheit seitens Ihres Ministeriums Studien in Auftrag gegeben, die weitere Methan-Leaks dokumentieren?*
- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn ja, welche Faktoren wurden berücksichtigt?*
- *Wenn ja, wie lauten die konkreten Erkenntnisse?*

Das Umweltbundesamt nimmt gemäß § 6 Umweltkontrollgesetz die Aufgaben der Umweltkontrolle wahr und erstellt u. a. die Emissionsinventur für Luftschadstoffe und Treibhausgase. In der seit den 1990er-Jahren erstellten Emissionsinventur werden Methanemissionen erfasst, darunter auch Emissionen aus der Energieversorgung.

Es ist grundsätzlich bekannt, dass Gewinnung, Transport und Speicherung von Erdgas zu Verlusten von Methan und somit zu direkten Emissionen führen. Diese Emissionen müssen in den nationalen Emissionsinventuren erfasst werden, siehe „2006 IPCC Guidelines for National Greenhouse Gas Inventories“, Volume 2 „Energy“, Abschnitt 4.2 „Fugitive Emissions from Oil and Natural Gas Systems“.

Die österreichische Inventur unterliegt einem Qualitätssicherungs- und -verbesserungsprogramm und wird nach den Vorgaben der EU und der UNFCCC regelmäßig durch internationale Prüfteams hinsichtlich möglicher Schwächen und Verbesserungsnotwendigkeiten geprüft.

Das BMK hat keine Informationen von Greenpeace zu den „Methan-Leaks“ erhalten und die veröffentlichten Informationen lassen keine gesicherten Quantifizierungen von Methanemissionen für die österreichische Emissionsstatistik zu. Das Ressort hat das Umweltbundesamt deshalb vor kurzem beauftragt, Gespräche mit der betroffenen Branche über allfällige Aktualisierungen bei den Datengrundlagen und mögliche Messungen zu führen. Dies erscheint auch im Hinblick auf die von der Europäischen Kommission vor kurzem beschlossene EU-Methanstrategie zweckmäßig. Ergebnisse der Arbeiten werden in eine allfällig notwendige Aktualisierung der Inventur einfließen.

Zu den Fragen 8 bis 10:

- *Wie hoch ist der Methanausstoß, welcher 2019 in Österreich verursacht wurde?*
- *Wie teilt sich der österreichweite Methan-Ausstoß konkret auf?*
- *Welche Auswirkungen konnten bislang aufgrund von Methanaustritten in Österreich bislang dokumentiert werden?*

Zuletzt wurden für das Jahr 2018 Emissionen in der aktuellen österreichischen Emissionsinventur berechnet. Daten für das Jahr 2019 werden im Jänner 2021 vorliegen.

Die Methanemissionen in Österreich lagen 2018 bei 258 kt. Davon stammten 72 % aus dem Sektor Landwirtschaft (Viehhaltung, zu rund neun Zehntel durch die enterische Fermentation verursacht, d.h. aus dem Pansen von Wiederkäuern), 18 % aus der Abfallwirtschaft (zu rund neun Zehntel aus Abfalldeponien), 4 % entstehen durch Verbrennungsvorgänge (überwiegend aus Heizungsanlagen) und 4 % sind flüchtige Emissionen aus der Energieförderung und –verteilung (Erdöl und Erdgas).

Die flüchtigen Emissionen aus der Energieförderung und -verteilung werden zu mehr als neun Zehntel durch Erdgas verursacht, und zwar durch die Förderung von Erdgas (40 %), durch den Transport in Pipelines (30 %) und durch die Speicherung und die Verteilung zu den End-

kund\_innen (jeweils rund 15 %). Die Emissionen lagen 2018 ein Fünftel niedriger als im Jahr 2000.

Als Ozon-Vorläufersubstanz ist Methan im globalen Maßstab relevant; es verteilt sich wegen seiner durchschnittlichen atmosphärischen Lebensdauer von mehreren Jahren in der Atmosphäre und spielt unmittelbar am Ort der Emissionen bei der Ozonbildung keine Rolle (siehe „Ozonbericht 2015–2017. Bericht der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus an den Nationalrat gemäß § 12 Abs. 1 Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992 idgF.“, Abschnitte 5.5 und 5.6).

Zu den Fragen 11 bis 15:

- *Welche Maßnahmen werden von Seiten Ihres Ministeriums ergriffen, um den Austritt von Methan zu verhindern bzw. zu minimieren?*
- *Wenn ja, welche Maßnahmen werden konkret getroffen?*
- *Wenn ja, wie hoch sind die finanziellen Mittel hierfür?*
- *Wenn ja, welche Ziele werden seitens Ihres Ministeriums verfolgt?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Das Gaswirtschaftsgesetz (GWG 2011) sieht vor, dass für die Genehmigung von Erdgasleitungsanlagen und Teilen dieser Anlagen, welche nach dem GWG 2011 genehmigungspflichtig sind, die materiell-rechtlichen Genehmigungsregelungen des Emissionsschutzgesetzes für Kesselanlagen (EG-K 2013) anzuwenden sind.

Daraus ergibt sich, dass diese Anlagen derart zu errichten, auszurüsten und zu betreiben sind, dass:

- die nach dem Stand der Technik vermeidbaren Emissionen in Luft, Wasser und Boden unterbleiben.
- nicht vermeidbare Emissionen in die Luft nach dem Stand der Technik rasch und wirksam so verteilt werden, dass die Immissionsbelastung der zu schützenden Güter (Leben und Gesundheit von Menschen, Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbar\_innen) möglichst gering ist.
- eine Gefährdung oder eine unzumutbare Belästigung von Nachbar\_innen der Anlage vermieden wird.
- eine Umweltverschmutzung nach Maßgabe der hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen und den Bestimmungen des EG-K 2013 vermieden wird.

Darüber hinaus sei angemerkt, dass gemäß Mineralrohstoffgesetz (Zuständigkeit BMLRT) auch bei der Erdgas- und Erdölförderung und gemäß Gewerbeordnung 1994 (Zuständigkeit BMDW) bei der Erdölverarbeitung Emissionen nach dem Stand der Technik zu vermeiden bzw. zu verringern sind.

Zu den Fragen 16 bis 19:

- *Wird man von Seiten Ihres Ministeriums an die betroffenen Firmen herantreten, um eine Lösung in dieser Causa zu finden?*
- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn ja, in welcher Form?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Auf Arbeitsebene steht das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie im Austausch mit den betreffenden Stakeholdern, u. a. auch des-

wegen, weil vor kurzem eine Methanstrategie der Europäischen Union veröffentlicht wurde. An den Diskussionen über diese wird sich das BMK aktiv beteiligen.

Zu den Fragen 20 bis 24:

- *Ist man von Seiten der Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) an Ihr Ministerium herangetreten, um über oben genannte Causa zu beraten?*
- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn ja, in welcher Form?*
- *Wenn ja, wie lauten die konkreten Ergebnisse?*
- *Wenn nein, wird man von Seiten Ihres Ministeriums an die zuständigen Verbände und Institutionen herantreten, um über die Causa zu beraten?*

Nein, zudem darf ich auf meine Ausführungen zu den Fragen 16 bis 19 verweisen.

Zu den Fragen 25 bis 28:

- *Gibt es seitens Ihres Ministeriums Studien, die die konkreten Auswirkungen von Methan auf Klima und Umwelt dokumentieren?*
- *Wenn ja, wie lauten die konkreten Ergebnisse?*
- *Wenn ja, wann wurde diese Studie in Auftrag gegeben?*
- *Wenn ja, wer hat die Studie durchgeführt?*

Methan hat durch seine Treibhauswirkung Auswirkungen auf den Wärmehaushalt der Atmosphäre sowie als langfristige Vorläufersubstanz Auswirkung auf die Bildung von bodennahem Ozon, das seinerseits wiederum Auswirkungen auf das Klimasystem hat. Diese Wirkung von Methan ist nicht länderspezifisch und es wurden dazu weltweit Untersuchungen durchgeführt, die in der wissenschaftlichen Literatur publiziert und beispielsweise in den Sachstandsberichten des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC, <https://www.ipcc.ch/reports/>) und von der *Task Force on Hemispheric Transport of Air Pollution* (<http://www.htap.org/>) unter dem *UNECE Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen* dokumentiert wurden. Das BMK hat selbst keine entsprechenden Studien beauftragt.

Über die Auswirkungen der Klimakrise auf Österreich, zu der grundsätzlich als Treibhausgas auch Methan beiträgt, wurden und werden im Rahmen des *Austrian Climate Research Programme* des Klima- und Energiefonds verschiedene Forschungsprojekte durchgeführt sowie vom *Austrian Panel on Climate Change* ein Sachstandsbericht erstellt (<https://www.klimafonds.gv.at/unsere-themen/klimawandel/>).

Leonore Gewessler, BA



